

Die DDR in Europa – zwischen Isolation und Öffnung

Internationale und interdisziplinäre DDR-Forschertagung, veranstaltet vom
Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Europäischen Akademie Otzenhausen
Nonnweiler/Otzenhausen, 4. bis 7. November 2004

Die seit 1991 jeweils Anfang November im beschaulichen Otzenhausen (Saarland) stattfindende Tagung zur DDR-Geschichte hat sich im Lauf der Jahre zu einer DDR-Forscher-Kommunität entwickelt. Sie wird gemeinsam vom Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Europäischen Akademie Otzenhausen (Federführung Prof. Dr. Dr. Heiner Timmermann), der Bundeszentrale für Politische Bildung (Jürgen Faulenbach, Dr. Hans-Georg Golz), der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ (Dr. Ulrich Mählert) sowie von der Union-Stiftung (Peter Ullmann) und der ASKO-EUROPA-STIFTUNG (Dr. Michael Meimeth) (beide Saarbrücken) veranstaltet. Die Veranstaltung findet jeweils teils im Plenum, teils in Sektionen statt. Die drei Sektionen und damit Hauptthemen waren: Außenbeziehungen; Herrschaft und Alltag; Kultur. Da alle Sektionen zeitgleich stattfinden, ist eine Auswahl der Vorträge nach Interessenschwerpunkten und ein Wechsel in die Sektionen möglich.

Für den Eröffnungsabend können die Veranstalter in der Regel prominente Wissenschaftler oder Zeitzeugen aus Politik und Wirtschaft als Referenten gewinnen. So waren in den vergangenen Jahren z.B. Lothar de Maizière, Wolfgang Schäuble, die ZK-Mitglieder Günter Schabowski und Herbert Häber, der langjährige Chef der DDR-Planungskommission Gerhard Schürer, die Bürgerrechtler Konrad Weiß und Joachim Gauck oder der langjährige Botschafter Ungarns in Bonn, Dr. Istvan Horvath, zu Gast.

In diesem Jahr referierte zur Eröffnung der renommierte englische Historiker *J. Richard Evans* (Cambridge, GB) zum Thema „Zwei deutsche Diktaturen im 20. Jahrhundert“. Evans hat 2003 „Der Aufstieg“, den 1. Band einer dreibändig angelegten Geschichte des „Dritten Reichs“ vorgelegt. Er vertrat die These, daß die zweite deutsche Diktatur, die kommunistische, in Wirklichkeit keine deutsche gewesen, sondern von der Siegermacht Sowjetunion installiert und verantwortet worden sei. Die SED habe nur die politisch-ideologische Sprache Moskaus „ins Deutsche übersetzt“. Deshalb sei es auch sinnvoller, die SED-Diktatur mit der Diktatur in den übrigen Ostblockstaaten zu vergleichen, als mit der NS-Diktatur. Letzteres sei durchaus möglich und zulässig, eine Gleichsetzung verbiete sich aber in jedem Fall. So habe das NS-Regime anders als die SED-Diktatur von Anfang an starken Rückhalt in der Bevölkerung gehabt, sei auch in seinem politischen Handeln nicht fremdgesteuert gewesen. Der entscheidende Unterschied sei aber die einzigartige „Mordlust“ des NS-Regimes gewesen, wie sie vor allem im Zweiten Weltkrieg und in der Vernichtungspolitik gegenüber den Juden zum Ausdruck kam.

In einer der vier Podiums-/Plenumsveranstaltungen ging es um die DDR-Westpolitik und die Medien in den 70er/80er Jahren. Hier berichteten *Karl-Heinz Baum* von der Frankfurter Rundschau und *Peter Jochen Winters* von der FAZ über ihre DDR-Erfahrungen als akkreditierte Korrespondenten ihrer Zeitungen. Seit dem Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR von 1972 gewährte die DDR den westlichen Journalisten freie Berichterstattung „im Rahmen der geltenden Rechtsordnung“. Diese schränkte zwar in Form einer „journalistischen Verordnung“ die Berichterstattung stark ein, doch war die Praxis - wie vor allem Baum betonte - eher liberal: Westliche Journalisten hätten weitgehend so schreiben können wie im

Westen – was natürlich eine permanente Stasi-Überwachung nicht ausschloß. Jedenfalls hatte die schreibende Zunft viel mehr Freiheiten als der TV-Journalismus; dies deshalb, weil in der DDR kaum jemand westliche Zeitungen las, sehr wohl aber beim „Klassenfeind“ fernsah. Übrigens, so betonte Winters, interessierten sich auch die westlichen Leser kaum für die Berichterstattung aus der DDR. Deren DDR-Interesse sei erst mit der Bildung der Oppositionsgruppen innerhalb der Bürgerbewegung erwacht. Baum wie Winters betonten die wichtige Funktion der „Ständigen Vertretung“ der Bundesrepublik unter ihrem ersten Leiter Günter Gaus als Kontaktbörse für die Journalisten.

Interessante Perspektiven brachte das etwas außerhalb des eigentlichen Tagungsthemas liegende Podium „Steht eine Wiedervereinigung Koreas an?“ Hintergrund der Frage war die mögliche Vergleichbarkeit der seit 1948 geteilten Halbinsel Korea mit dem 45 Jahre lang gespaltenen und dann vereinigten Deutschland. Die derzeit an der Sgung und Yonsei-Universität in Seoul tätigen, in Deutschland promovierten Professoren *Sangtu Ko* und *Kyn Young Lee* beschrieben Ansätze und Ergebnisse der „Sonnenscheinpolitik“. Es handelt sich dabei um ein von Südkorea seit 1997 ausgehendes, in etwa mit dem „Wandel durch Annäherung“ vergleichbares Konzept, das auf eine friedliche, sukzessive Vereinigung von Süd- und Nordkorea hinauslaufen soll und nicht mehr davon ausgeht, daß die politische und wirtschaftliche Überlegenheit des Südens zwangsläufig und in absehbarer Zeit zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems im Norden führen müsse. Wirtschaftshilfen Südkoreas an den Norden, Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet, Familienzusammenführung u.v.a.m. stehen im Mittelpunkt dieses Konzepts, für das der südkoreanische Präsident Kim Dae Jung im Jahr 2000 den Friedensnobelpreis bekam. In der Bevölkerung beider koreanischer Staaten wird die „Sonnenscheinpolitik“ klar unterstützt – allerdings in Südkorea mit abnehmender Tendenz, vor allem bei jungen Leuten. Man scheut dort die immensen Kosten einer Vereinigung mit dem wirtschaftlich desolaten Nordkorea, dessen Lebensstandard um ein Sechsfaches niedriger liegt als der Südkoreas. *Klaus Barthel*, ehemaliger stellvertretender DDR-Botschafter in Nordkorea, meinte, es werde dort zwar bald Reformen in Richtung Marktwirtschaft geben, aber keine wirklich freie Marktwirtschaft. Erst recht sei eine Wiedervereinigung ohne Beseitigung des derzeitigen kommunistischen Regimes nicht denkbar. *Sangtu Ko* wagte die These, man könne „in absehbarer Zeit“ mit einem Regimewechsel in Nordkorea rechnen und damit auch eine Wiedervereinigung in den Blick nehmen.

In der Plenumsveranstaltung „Was wußten die Geheimdienste vor und nach 1989?“ beschrieb *Milt Bearden* (Washington, USA), der über 30 Jahre lang in leitender Stellung für die CIA tätig war und der seine Erfahrungen in seinem kürzlich erschienenen Buch „Der Hauptfeind. CIA und KGB in den letzten Tagen des Kalten Krieges“ niedergelegt hat, die Veränderungen im Ostblock 1989 in der Wahrnehmung der CIA: Die USA habe sich damals mehr um China gekümmert, als um die Öffnung der ungarischen Grenze nach Österreich, die Besetzung der Botschaften in Prag, Warschau und Budapest durch DDR-Flüchtlinge und um die Montagsdemonstrationen. Die CIA und auch er selbst seien zwar überzeugt gewesen, daß bald etwas Historisches passieren würde, aber Konkretes habe man nicht gewußt. Man habe auch keinen nennenswerten Agenten („Quelle“) in der DDR gehabt, die Stasi sei für ausländische Geheimdienste ein schwieriges Feld gewesen, vom Mauerfall sei man völlig überrascht worden. Auch nach dem 9. November 1989 sei man ahnungslos bzgl. der weiteren Entwicklung gewesen. Der beste CIA-Verbindungsmann in Westdeutschland habe geglaubt, bis zur Wiedervereinigung werde es wohl etwa fünf Jahre dauern; es wurden nicht einmal 365 Tage daraus. *Bearden* gab ohne Umschweife zu, es entbehre nicht einer gewissen Komik, daß ein Geheimdienst, der 30 Milliarden Dollar pro Jahr gekostet habe, von Nichts etwas gewußt habe. In der Tat kaum glaubwürdig – aber wenn man bedenkt, daß die ZK- und Politbürogrößen in einer in Eigendynamik geratenen Bewegung selbst nicht wußten, was sie wollen und tun sollten, doch auch nicht ganz unwahrscheinlich.

Nicht viel besser scheint es mit dem Wissen des deutschen BND bestellt gewesen zu sein. Dessen Präsident von 1985 – 1990, *Hans Georg Wieck* (Berlin), berichtete von verdeckten Umfragen seiner Behörde unter DDR-Urlaubern in Ostblockstaaten im Jahr 1985 - im BND-Jargon hießen sie „Gefangenenbefragungen“.

Danach wünschten und erwarteten 75 % der Befragten eine deutsche Wiedervereinigung und den Abzug der sowjetischen Truppen; ein Zeitpunkt für das Erreichen dieser Ziele konnte nicht angegeben werden. Der Beginn der Reformpolitik Gorbatschows, an deren Ernsthaftigkeit man nicht zweifelte, und die Entlassung der Ostblockstaaten in den je eigenen Weg zum Sozialismus machten aber eine Veränderung im politischen und wirtschaftlichen System in nicht allzu weiter Ferne wahrscheinlich. Mehr wußte der BND (angeblich) auch nicht. Offenbar war er sogar weiter von der Wahrnehmung bevorstehender politischer Realitäten entfernt als das öffentliche Bewußtsein. So überraschte Wieck mit dem Hinweis, bei dem Ruf „Deutschland einig Vaterland“ habe der BND eher an eine Initiative rechtsradikaler Kräfte geglaubt als an einen realen Wiedervereinigungswunsch der DDR-Bürger.

Es würde für den Berichtersteller wie für die Leser zu viel Zeitaufwand bedeuten, hier auf alle besuchten Einzelveranstaltungen in den Sektionen einzugehen. Dort wird oft jungen Wissenschaftlern, Doktoranden, Habilitanden Gelegenheit gegeben, aus ihrer ‚Forschungswerkstatt‘ zu berichten. Einige interessante Beispiele seien knapp angesprochen:

Carsten Dippel aus Potsdam sprach über die Evangelische Kirche in der DDR und die Ausreisebewegung; er thematisierte vor allem zwei Spezialprobleme: Die EKD hat sowohl in SBZ- wie in DDR-Zeiten den in den Westen geflüchteten oder legal ausgereisten Pfarrern keine Anstellung mehr gegeben und keine versorgungsrechtlichen Bezüge gewährt. Dies hatte einmal finanzielle, zum anderen aber auch seelsorgliche Gründe: Sie wollte, daß die ‚Hirten‘ bei ihrer ‚Herde‘ bleiben. Es gab hier aber Unterschiede zwischen den einzelnen Landeskirchen. Die Evangelische Kirche in der DDR hat ausreisewilligen Pfarrern in der Regel geholfen, aber immer nur aus humanitären Gründen, nicht im Sinne einer Unterstützung politischer Gegnerschaft gegen den sozialistischen Staat – da blieb sie neutral.

Francesca Weil vom Hannah-Arendt-Institut Dresden sprach über DDR-Ärzte und das MfS. Mit der Entwicklung eines verstaatlichten Gesundheitswesens ging der Versuch der SED einher, die Mediziner ihrem Herrschaftsanspruch weitgehend unterzuordnen. Diese Berufsgruppe stand einmal wegen ihrer bildungsbürgerlich-konservativen Prägung und ihres „Standesbewußtseins“ im Verdacht der Systemferne und Ausreisewilligkeit, zum anderen war sie auch von verzweigtem Einfluß in der Gesellschaft, weil sie außer in Institutionen des staatlichen Gesundheitswesens auch in sonstigen staatlichen Einrichtungen, an Universitäten, in Akademien, in Betrieben, Kombinat und Sportzentren vertreten war. Hier galt es also aus der Sicht des MfS, eine möglichst große Zahl von IM zu plazieren, was teils durch psychischen Druck, teils durch Überzeugungsarbeit auch gelang: 1989 lag der Anteil der IM unter den Mediziner bei 3 bis 5 Prozent und damit über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung – eine erschreckend hohe Zahl, zumal es neben der Bespitzelung von Kollegen (v.a. im Krankenhausbereich) auch häufig zur Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht kam (bei 36 Prozent der von Frau Weil untersuchten Fälle).

Helmut Müller-Enbergs von der BIRTHLER Behörde in Berlin berichtete über die in jüngster Zeit viel diskutierten Rosenholz-Dateien. Seine Analyse lief auf eine Entmystifizierung hinaus; sie halten weniger, als sie zu versprechen scheinen. Es handelt sich dabei um Karteien der „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HVA) des MfS, die die DDR-Spione im westlichen Ausland bis 1987 erfassen. Sie gelangten auf nicht völlig geklärtem Wege in die USA und wurden von dort im Juli 2003 an die Bundesrepublik gegeben – allerdings nur die Deutschland betreffenden Teile. Dabei macht der Anteil der aufgelisteten Spione nur etwa 10 Prozent aus, den Löwenanteil bilden die Namen und Daten von Betroffenen und Dritten. Der mit Abstand größte Teil der Rosenholz-IM saß in der DDR, nicht in Westdeutschland. Auch von daher lassen sich kaum spektakuläre Enthüllungen über Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der früheren Bundesrepublik erwarten. Wohl aber helfen die Rosenholz-Dateien weiter aufzuklären, welche politischen Ziele das MfS im Westen verfolgte und welcher Personen, Mittel und Methoden es sich dabei bediente. Wenn die Rosenholz-Dateien demnächst in der BIRTHLER-Behörde vollständig erschlossen sein werden, können sie wie andere Stasi-Unterlagen genutzt werden.

Die Tagung war insgesamt ein Beleg dafür, daß die SBZ/DDR-Forschung auch 14 Jahre nach ‚Wende‘ und ‚Wiedervereinigung‘ keine Ermüdungserscheinungen zeigt, wenngleich das öffentliche Interesse an DDR-Fragen ein wenig zurückgegangen ist. Zwar gab es keine fundamental neuen Erkenntnisse, aber eine Fülle von spannenden Details und von interessanten Forschungsprojekten, die nach der ‚Tagesarbeit‘ auch in geselligem Rahmen diskutiert wurden. Intensive Kontaktpflege zwischen „Routiniers“ und „Newcomern“ der DDR-Forschung war möglich.

Es ist vorgesehen, dass sämtliche Beiträge in einem Sammelband publiziert werden. Der Band wird im April 2005 erscheinen.

Heiner Timmermann

Copyright

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2005.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Aldringenstraße 11, 80639 München
Telefon: 089 – 13 47 29, Fax: 089 – 13 47 39
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2005, Nr.007
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2005/007-05.pdf>